

Wozu brauchen wir die Amerikaner noch?

Beate Neuss

Der Herbst des transatlantischen Missvergnügens, die Diskussion über einen möglichen Irak-Krieg, amerikakritische und explizit antiamerikanische Äußerungen machen deutlich, dass sich eine Kluft zwischen Deutschen und Amerikanern aufgetan hat. Wir verstehen uns nicht mehr, Gesprächsfäden sind abgebrochen. Die Symptome sind eindeutig: Wir betreiben eine Exegese des bilateralen Verhältnisses, die an Kreml-Astrologie erinnert: Der Händedruck des Kanzlers mit Präsident Bush wird nach Sekunden gemessen – daraus wird auf die Temperatur der Beziehungen geschlossen und schließlich die Diagnose gestellt: „Sind die Beziehungen noch vergiftet (poisoned) oder bereits wieder entgiftet (depoisoned)?“

Meinungsverschiedenheiten und Reibungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten gab es immer wieder – aber nie den Abbruch des Gesprächs auf höchster Ebene. Auch gehen die Verwerfungen tiefer als je zuvor; sie betreffen die Regierungsebene, die veröffentlichte Meinung, weit weniger die in Umfragen gemessene Auffassung der Bevölkerung. Hier und dort entstand in der allgemeinen öffentlichen Debatte gar der Eindruck, dass nicht Staaten wie der Irak eine Gefahr darstellen, sondern die USA, ja dass die Welt ein besserer Platz wäre, gäbe es die Weltmacht Amerika nicht.

Ursachenanalyse

Die Vereinigten Staaten waren und sind in Deutschland präsent. Ihre Soldaten sind in Deutschland stationiert. Aber sind

sie nicht inzwischen zu völlig überflüssigen Gästen hier geworden, die, lästig genug, erwarten, ihre Basen in Deutschland für ihre Weltmachtpolitik – das heißt auch für ihre militärischen Einsätze – nutzen zu können?

Wozu brauchen wir die Amerikaner noch? Die Überschrift impliziert, dass wir – wir, das heißt die Deutschen, die Europäer – die Amerikaner in Europa zumindest gebraucht haben.

In der Tat ist es unabdingbar, einen Blick auf die amerikanische Rolle in Deutschland und Europa zu werfen, um die Frage nach den deutsch-amerikanischen Beziehungen und nach der transatlantischen Partnerschaft im 21. Jahrhundert zu beantworten. Nur in Verbindung mit der Stellung, den Aufgaben und der Bedeutung der Vereinigten Staaten in der Vergangenheit ist ihre Rolle in Europa heute zu beurteilen. Auch eine Prognose über das transatlantische Verhältnis in den kommenden Jahren ist nur auf dieser Basis möglich. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen dem deutsch-amerikanischen und dem europäisch-amerikanischen Verhältnis. Beide Beziehungsebenen gilt es zu beachten, denn in einem integrierten Europa bedeutet „wir“ nicht nur wir Deutsche, sondern auch wir Europäer.

Durch Geschichte und Kultur sind Europäer und Amerikaner Teil einer atlantischen Gemeinschaft, wie es Hannah Arendt formulierte. Die USA sind durch ihr Engagement in Europa in den vergangenen sechzig Jahren, durch ihre Mit-

gliedschaft in der NATO und der OSZE sowie durch ihre Direktinvestitionen in Deutschland und Europa eine europäische Macht. Sie sind es vor allem auch politisch, weil Europa seine Probleme allein nicht lösen konnte und kann.

Wie wurden die USA zu einer bis heute offenbar unverzichtbaren europäischen Macht – was machte das deutsch-amerikanische beziehungsweise europäisch-amerikanische Verhältnis aus?

Ich werde zunächst die Rolle der USA als europäische Macht während des Kalten Krieges beleuchten, hier lautet die These: Die USA sind der von den Europäern eingeladene „wohlwollende“ Hegemon.

Ich werde weiterhin auf das veränderte Verhältnis seit dem Ende des Kalten Krieges eingehen. Hier lautet die These: Der strukturelle Wandel der Beziehungen verändert die Qualität der Beziehungen.

Ferner werde ich nach der Bedeutung der USA für Deutschland und Europa heute fragen. Die These hier: Bei allen Divergenzen und Problemen – ein anderer Partner außerhalb Europas ist nicht zu sehen, beide Seiten sind aufeinander angewiesen.

Wohlwollender Hegemon

Die Vereinigten Staaten wurden mit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg zu einer europäischen Macht. Ihr zweiter militärischer Auftritt in Europa innerhalb nur weniger Jahrzehnte war durch den Eroberungsfeldzug Hitlers und durch die deutsche Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten vom 11. Dezember 1941 erzwungen. Die Gefahr, dass die amerikanische Gegenküste in Europa von Asien bis zum Atlantik durch einen totalitären, nach innen und außen aggressiven Staat dominiert würde, der alle europäischen Partner der USA mit Ausnahme Großbritanniens unterjocht hatte und den U-Boot-Krieg bis vor die Küsten Amerikas trug, musste abgewendet werden. Anders als 1918 jedoch

wollte Washington die Nachkriegsordnung nicht allein den Europäern überlassen. Der Rückzug in die Isolation nach dem Ersten Weltkrieg war nach Analysen aller führenden amerikanischen Politiker ein gravierender Fehler gewesen, weil die Nachkriegspolitik der Europäer – Stichworte Versailles und Reparationszahlungen – eine Ursache für den Zweiten Weltkrieg gewesen war. Dieser Fehler sollte nicht wiederholt werden.

Den USA lag an einer grundlegenden Neuordnung Deutschlands und Europas primär aus einem Grund: der eigenen und der weltweiten Sicherheit. Sie wollten nicht innerhalb einer Generation erneut amerikanisches Blut auf europäischem Boden vergießen. Seit der berühmten Abschiedsrede George Washingtons galt Europa als Kriege gebärender Kontinent. Diese Entwicklung der Geschichte sollte durchbrochen werden. Den Grund für die Kriege, nicht nur die des 20. Jahrhunderts, sahen die Amerikaner in den politischen Strukturen Europas: im Nationalstaatensystem mit seinen Kämpfen um Hegemonie und Gleichgewicht.

Im Zentrum des Sicherheitsproblems stand im 20. Jahrhundert Deutschland. „Der deutschen Frage“ – für unsere europäischen und amerikanischen Partner immer die Frage nach der Rolle Deutschlands in Europa – kam somit Priorität zu. Sie war bald verwoben mit dem anderen Sicherheitsproblem, dem Kalten Krieg, in dem Deutschland „Frontstaat“ war. Da sich ein einheitliches Vorgehen der vier Kriegsbündnisse in Deutschland nicht erreichen ließ und die Sowjetunion der von ihr eroberten Region gewaltsam ihr stalinistisches System aufzwang, zudem in der Türkei und in Griechenland versuchte, ihren Einfluss auszudehnen, revidierte Präsident Truman die Politik seines Vorgängers Roosevelt. Dieser hatte in den Kriegskonferenzen den Rückzug amerikanischer Truppen vom europäischen Boden innerhalb von zwei Jahren ange-

kündigt. Der Kalte Krieg band die Vereinigten Staaten länger an Europa, als es eine europäische Neuordnung unter anderen Umständen getan hätte.

In der Rolle des *benign hegemon* (Robert Nye/Helga Haftendorn), des wohlwollenden Hegemonen, handelte Washington als internationale Ordnungsmacht, nahm in seine Außenpolitik die Interessen anderer Staaten auf und kreierte ein System multilateraler Institutionen, dessen Mechanismen und Regeln Frieden, Sicherheit und Wirtschaft stabilisieren sollten und dem es sich selbst unterwarf.

Doppelrolle in Europa

Vor diesem Hintergrund übernahmen die Vereinigten Staaten in den Jahren nach 1945 zwei Rollen in Deutschland und Europa, die sie bis heute spielen: Sie wurden zum *European pacifier*, also zum Friedensstifter, und zum *European balancer*, zur Ausgleichsmacht. Als *pacifier* geben sie Anstöße und Hilfe zur Neuordnung Europas, und als *balancer* gleichen sie europäische Machtunterschiede aus: das Gefälle zwischen dem bald wieder zu einem ökonomischen Koloss heranwachsenden Deutschland und seinen Partnern und das Machtgefälle zwischen Westeuropa und der weit nach Mitteleuropa vorgeprägten Sowjetunion. In beiden Rollen geben sie Deutschland und Europa überhaupt die Chance, sich zu dem zu entwickeln, was sie heute sind: demokratisch, wohlhabend, in der EU integriert, somit eingebunden in ein dauerhaftes, Frieden garantierendes Verflechtungssystem.

Mit der Truman-Doktrin vom März 1947, dem Angebot, den freien Völkern Europas auch militärische Hilfe zu leisten, wurden die USA zum Garanten der Integrität Europas und Deutschlands: Ihr militärisches Gewicht war von nun an Substitut für die fehlende militärische Kapazität Westeuropas, das, ausgeblutet und verarmt, kein Gegengewicht zu der in fast voller Kriegsstärke verbliebenen

Roten Armee bieten konnte. Für Europa war jedoch diese Bereitschaft der Amerikaner eine unabdingbare Voraussetzung für seine Entwicklung. Erst die NATO, ein von den Westeuropäern gewünschtes Bündnis, das die USA an sie binden sollte, gab den Westeuropäern die Sicherheit vor der Sowjetunion und die Sicherheit, die es ihnen ermöglichte, den Wiederaufstieg einer souveränen Bundesrepublik zuzulassen. Weder die kleinen Nachbarn Deutschlands noch Frankreich fühlten sich ohne amerikanische Präsenz sicher. Es kostete die britische und französische Regierung Überzeugungsarbeit, Washington sicherheitspolitisch an Europa zu ketten, und es kostete die amerikanische Regierung intensive innenpolitische Überzeugungsarbeit, die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für das Engagement im Marshall-Plan (drei Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukts) und die Gründung der NATO zu schaffen. Das atlantische Bündnis wurde auf Bitten der Europäer geschaffen „to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down“ – um den ersten NATO-Generalsekretär, den Briten Lord Ismay, zu zitieren. Der Einfluss der USA in Europa, ihre militärische Präsenz erfolgte auf Einladung. In den Worten des Schweden Geir Lundestad konnten die USA ein *Empire by invitation* errichten.

Seine Aufgabe als *European pacifier* sah Washington in erster Linie darin, dem europäischen Nationalstaatsystem eine Struktur zu geben, die ihm seine inhärente Kriegslüsterheit nahm. Der Marshall-Plan vom Juni 1947 hatte zwei Ziele: Er sollte durch Wiederaufbau und Wirtschaftswachstum Wohlstand schaffen, um die verelendeten Nationen immun gegen den Kommunismus zu machen, und er war so strukturiert worden, dass er die kurz zuvor noch Krieg gegeneinander führenden Staaten zwang, wirtschaftlich miteinander zu kooperieren. Sie sollten

ihre Isolation und gegenseitige Abgrenzung aufgeben, miteinander in politischen Gremien ihre Konflikte friedlich austragen. Wirtschaftliche Verflechtung als Schlüssel zu Wohlstand, Demokratie und Frieden.

Die wirtschaftliche und schließlich politische Integration Europas in Montanunion (EGKS), EWG und Euratom und später die Weiterentwicklung zur Europäischen Union, ihre zaghaften Versuche, in der internationalen Politik mitzusprechen, wären ohne die Rolle der USA nicht zu Stande gekommen. Diese Konzepte haben sich Europäer erdacht, angeregt von amerikanischen Politikberatern und deren Ideen, mit welchen Ansätzen der Nationalismus und das nationalstaatliche Denken auf dem alten Kontinent überwunden werden könnten, wie der zersplitterte, geschwächte und daher gefährdete Kontinent geeint werden könnte. Die Verhandlungen führten die Europäer. Sie führten nur zum Erfolg, weil die Präsenz der Amerikaner in der NATO die nötige Sicherheit bot und weil die amerikanische Diplomatie Kompromisse zwischen den Europäern vermittelte, die sie selbst nicht zu Stande gebracht hätten. So überzeugte Washington Frankreich, Interessen des schwachen Deutschlands zu berücksichtigen, Deutschland erfuhr, wo Grenzen französischer Kompromissfähigkeit waren. Großbritannien wurde davon abgehalten, den europäischen Integrationsprozess zu sabotieren. Die amerikanische Regierung wünschte ausdrücklich, dass ihr in den Europäern ein starker, selbstbewusster Partner heranwachsen möge.

Deutschland und Europa konnten ihren erfolgreichen Weg nur gehen, weil er auf der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Absicherung durch die USA beruhte. Die schwachen Nachkriegsregierungen Europas, in manchen Ländern zunächst noch unter starkem kommunistischen Einfluss, hätten kaum die Zuversicht besessen, die Voraussetzung einer

wirtschaftlichen Dynamik ist, noch die Kraft gehabt, sich dem sowjetischen Druck auf westliche Positionen zu widersetzen, weder in Griechenland noch in der Türkei, schon gar nicht im geteilten Berlin.

Das heutige Europa ist also ganz entscheidend auch ein Produkt amerikanischer Politik, ohne amerikanisches Engagement sähe es anders aus – nicht zu unserem Vorteil.

Ganz zweifellos ist auch das heutige Deutschland ein Produkt amerikanischer Politik und amerikanischen Schutzes. Nachhilfestunden in Sachen Demokratie – die *reeducation*, Hilfe bei der Gründung von Gewerkschaften, der freien Presse, des investigativen Journalismus –, die enthusiastische Annahme amerikanischer Popkultur, all dies sind sicher bemerkenswerte Einflüsse. Zentraler war jedoch die Überzeugung Washingtons, an einem freien West-Berlin und an der Option einer deutschen Wiedervereinigung festzuhalten, in der Bundesrepublik stationiert zu bleiben und somit der Bundesrepublik und dem westlichen Europa das Gefühl der Sicherheit zu geben, unter deren Schutzschirm Europa seine Prosperität entwickeln konnte. Die wesentliche Intention des von Kanzler Helmut Schmidt angestrebten NATO-Doppelbeschlusses war, mit der Stationierung amerikanischer Raketen auf deutschem Boden die Anwesenheit amerikanischer Soldaten an der innerdeutschen Grenze zu erzwingen und durch ihre unmittelbare Involvierung im Konfliktfall den Grad der Abschreckung zu erhöhen.

Der Prozess der deutschen Einheit und des Endes des Ost-West-Konflikts sah noch einmal die Amerikaner als herausragende Akteure. Ohne die nachhaltig den anderen europäischen Partnern wie auch Gorbatschow vermittelte Auffassung, dass ein vereintes Deutschland keine Gefahr für den europäischen Frieden darstelle, ohne die Versicherung Washing-

tons, auch ohne Ost-West-Konflikt an der NATO festzuhalten und somit in Europa zu verbleiben, wäre die deutsche Einheit nicht so schnell und nicht in so gutem Einvernehmen mit seinen west- wie osteuropäischen Partnern erfolgt. Die Politik der Regierung Bush senior war zentral in der Schaffung des Konsenses für diese einvernehmliche Regelung – ein Grund, warum Bush jun. so sensibel auf die Äußerungen im deutschen Wahlkampf reagierte. Margaret Thatchers Memoiren referieren in aller Deutlichkeit das britische Misstrauen gegen ein wieder vereinigtes Deutschland. Sie stand nicht allein. Allein unter den Partnern Deutschlands standen vielmehr die Vereinigten Staaten als vehemente Befürworter der deutschen Einheit.

Reibungsflächen

In den vier Jahrzehnten bis zur großen Zäsur 1989/90 ist die Rolle der Vereinigten Staaten für Europa die einer wohlwollenden Hegemonie gewesen. Das heißt nicht, dass es nicht intensive Reibungen im deutsch-amerikanischen oder amerikanisch-europäischen Verhältnis gegeben hätte. Kaum war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, prägten Handelskonflikte das Verhältnis: Der Weg führte vom so genannten Hähnchen- und Bananenkrieg zu Auseinandersetzungen über hormonegefüllte Rinder und transgenen Mais. Der Vietnam-Krieg wurde von vielen europäischen Politikern kritisiert, besonders von den Medien und der Öffentlichkeit. Steter Reibungspunkt seit Ende der sechziger Jahre war die amerikanische Währungspolitik. Bitter konnten auch die Auseinandersetzungen über NATO-Doktrinen und Strategie sein: Der Wechsel von der Doktrin der massiven Vergeltung – *massive retaliation* – zur flexiblen Antwort – *flexible response* – erfolgte gegen den Widerstand Bundeskanzler Adenauers. Die Stationierung von Waffensystemen

führte zu Zwistigkeiten. Beispiele gibt es zuhauf.

Immer auch hat es Kritik an den amerikanischen Verbündeten gegeben: seitens regierender deutscher Politiker eher im direkten Umgang mit dem Partner hinter verschlossenen Türen, gelegentlich auch öffentlich. So war Schmidts Kritik an Carters Sprunghaftigkeit und Inkonsistenz sehr wohl in der Presse nachzulesen, auch andere europäische, nicht zuletzt französische Regierungsstimmen waren zu vernehmen. Demonstrationen auf der Straße gingen über Kritik an amerikanischer Politik weit hinaus und gaben sich immer wieder antiamerikanischen Klischees hin, die von keinerlei Differenzierungswunsch getrübt wurden.

Auch die Vereinigten Staaten kritisierten ihre Partner: Europa sei wohlhabend geworden, aber militärisch zu schwach geblieben, um sich selbst zu verteidigen, geschweige denn fähig, die USA in ihrer Rolle als Ordnungsmacht auch außerhalb Europas zu unterstützen. Washington übte Kritik an der europäischen Wirtschafts- und Handelspolitik, kritisierte, dass Europa sich mit einer teilbaren Entspannung abfand, und war enttäuscht, dass das vereinte Deutschland nicht die Rolle übernehmen konnte, die es der alten Bundesrepublik angeboten hatte: *partners in leadership* zu sein.

Transatlantischer Rollentausch

Was ist also neu an den derzeitigen Auseinandersetzungen? Sehen wir tatsächlich eine Änderung in den deutsch-amerikanischen, europäisch-amerikanischen Beziehungen, einmal abgesehen von einer Regierungspartei, die den Einfluss auf den amerikanischen Partner durch Wahlkampfaußerungen verspielt?

Neu ist, dass die Strukturen der transatlantischen Beziehungen sich in den neunziger Jahren drastisch verändert haben. Damit musste sich die Qualität des Verhältnisses zwangsläufig ändern. Es

wird nicht mehr den Charakter, das Vertrauen und die Nähe der Zeit während des Kalten Krieges zurückerhalten, sondern wird sich dauerhaft verändern.

Ironischerweise liegt dies an dem Erfolg der amerikanischen Politik in Europa. Die Vereinigten Staaten und Europa haben die Rollen getauscht. Die idealistischen Werte, die Europa in der Weltpolitik nun hochhält – Verrechtlichung und Multilateralisierung der internationalen Beziehungen, Integration, Toleranz, Konfliktlösung durch Handel und wirtschaftliche Instrumente, geduldiges Aushandeln und Vermitteln –, waren die Werte eines schwachen Amerika im 18. und 19. Jahrhundert, während die europäischen Staaten Machtpolitik betrieben und militärische Gewalt einsetzten. Washington konnte seinen Einfluss auf Europa im letzten Jahrhundert so geltend machen, dass dieses seine Werte höchst erfolgreich übernahm, allerdings nur, Ironie der Geschichte, weil Amerika selbst nun die machtpolitische Absicherung der europäischen Entwicklung übernommen hatte. Europa wurde Zivilmacht, weil Washingtons Machtpolitik den Europäern das schützende Gehege schaffte.

Unmittelbar verändert hat sich 1990 das Abhängigkeitsverhältnis der Europäer von den USA. Vier Jahrzehnte lang war die Sicherheit Westeuropas vom Engagement der Vereinigten Staaten in Westeuropa abhängig. Die USA hatten vermocht, den Westteil des Kontinents in eine Friedensordnung zu transformieren, sie konnte nun ausgedehnt werden auf Mittelosteuropa mit der Hoffnung, dass Russland nicht nur seine Bedrohlichkeit verlieren würde, sondern sich als demokratischer Staat in westliche Organisationen einbinden lassen würde.

Dennoch: Auf den ersten Blick blieb im transatlantischen Verhältnis nach 1989/90 zunächst alles beim Alten. Die Vereinigten Staaten blieben damals und bleiben heute unabdingbar in der Rolle des *balan-*

cer: Sowohl die westlichen wie die östlichen Nachbarn sind dankbar für die amerikanische Präsenz, die eine doppelte Versicherung bedeutete: gegen ein Wiederaufleben deutscher wie russischer Hegemonialbestrebungen, also gegen die beiden Gefahren des 20. Jahrhunderts. In Anbetracht der unsicheren Entwicklung der Sowjetunion beziehungsweise der russischen Föderation rang Europa erneut darum, weiterhin eine möglichst große Zahl amerikanischer Soldaten auf dem Kontinent stationiert zu sehen. 95 000 wollten die USA zugestehen, aber bereits die im Krieg für die Befreiung Kuwaits Abkommandierten kamen nicht wieder. 75 000 waren es schließlich, heute sind es nur noch 55 000.

Die Zäsur von 1989/90, der Zusammenbruch der Sowjetunion, ließ die USA aber auch als einzige Supermacht zurück, während Europa schwächer wurde, weil es seine strategische Bedeutung verlor, gleichzeitig nicht in der Lage war, Konflikte in seinem Vorhof zu bewältigen. Dabei hatte es zunächst so ausgesehen, als werde sich das vom Druck der Bedrohung seitens der Sowjetunion befreite Europa zu einem Machtfaktor in einer multipolaren Welt aufschwingen: „Im post-historischen Paradies des Friedens und Wohlstands“ (Kagan) schien Europa mit dem Maastrichter Vertrag zur Gründung der Europäischen Union nicht nur mit einer gemeinsamen Währung das weltpolitische Gewicht Europas zu stärken, sondern auch durch die Schaffung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu einem überregionalen Akteur zu werden. Amerikanische Wissenschaftler und Journalisten waren sogar geneigt, in der Europäischen Union die Supermacht des 21. Jahrhunderts zu sehen. Allerdings zeigte sich bald, dass die der Weltpolitik entwöhnten Europäer sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes erst recht auf sich konzentrierten und neue Gefahren

sowohl in Europa wie weltweit nicht wahrnehmen wollten.

Die USA mussten wieder in der Rolle des *pacifier* agieren: Europa versagte auf dem Balkan. Gegen den kriegesischen Zerfallsprozess Jugoslawiens hatten einzelne europäische Staaten noch die Instrumentarien der in Gründung befindlichen Europäischen Union eingesetzt. Die EU setzte ihre zivilstaatlichen Instrumente ein. Sie unternahm diplomatische Vermittlungsversuche zwischen den Kontrahenten, setzte wirtschaftliche Anreize ein und die Drohung ihres Entzugs, also Sanktionen. Sie unterschätzte, dass die nationalistische Fanatisierung außer Kraft setzt, was demokratische und marktwirtschaftliche Staaten antreibt, nämlich Wohlstandswahrung und Wohlstandsmehrung. Nach internen politischen Diskussionen, widersprüchlicher Politik zwischen Deutschland, Frankreich, Großbritannien und anderen europäischen Staaten galt die Hoffnung dem Einsatz der UNO. Sie mussten jedoch mit ansehen, wie UNO-Blauhelme wehrlos rassistischen Säuberungen und Exekutionen gegenüberstanden. Erst der militärische Eingriff der amerikanischen Luftwaffe beendete die Kriege auf dem Balkan. Aus diesen Ereignissen zogen Europäer und Amerikaner völlig unterschiedliche Schlüsse.

Das Auseinanderdriften der Bedrohungsanalysen beider Partner verstärkte die Entfremdung. Der Überfall des Irak auf Kuwait, die von Machtpolitik, Rassismus und Nationalismus angetriebene Politik im zerfallenden Jugoslawien, der Terrorismus gegen die USA 1993 mit dem ersten Anschlag auf das World Trade Center, schließlich mit den Attentaten in Oklahoma City und auf die Botschaften in Afrika, das Wissen über ungesichertes Nuklearmaterial, chemische und biologische Kampfstoffe in der GUS verfestigten in Washington den Eindruck anarchischer internationaler Beziehungen, die nur mit machtpolitischen Instrumenten

zähmbar seien. Während die Europäische Union sich in der Welt von John Locke und Woodrow Wilson sah, erkannte Washington die Welt des Thomas Hobbes. Insbesondere die Deutschen, die vierzig Jahre Frontstaat gewesen waren und auf dem Pulverfass gesessen hatten, waren nur auf sich konzentriert und hatten den Blick nicht frei für die neu entstehenden Gefahren. Sie gaben sich der Illusion einer Friedensdividende in einer nach europäischem Muster befriedeten Welt hin und waren nicht bereit, sich auch mental auf eine noch bedrohlichere Realität einzustellen.

Europäischer Dissens

Entsprechend waren die Reaktionen. Die Europäer schränkten ihre Verteidigungsausgaben systematisch ein, sie gingen auf zwei Prozent des BSP zurück, für die Bundesrepublik sind es derzeit offiziell 1,5 Prozent, de facto knapp über ein Prozent, wobei 55 Prozent der Mittel Personalausgaben sind. Die USA hingegen hielten ihren Militärhaushalt auf drei Prozent des BSP, in Anbetracht des rasanten Wirtschaftswachstums eine deutliche Steigerung in absoluten Zahlen.

Damit sind wir bei einem weiteren Element des Strukturwandels in den Beziehungen. Europa vermag weder Anfang der neunziger Jahre noch heute eine einheitliche Politik zu formulieren. Aber selbst wenn es sie formulieren könnte, es fehlte der politische Wille, sie materiell, das heißt in den Verteidigungshaushalten, abzusichern. Seit dem 11. September ist offenkundig, was Washington schon zuvor beklagte. Die EU-Partner sind nicht einmal fähig, eine konsistente europäische Haltung zu formulieren. Trotz GASP gibt es keine einheitliche Haltung in Europa. Aber Europa hat außenpolitische Ambitionen, zu denen ihm die Machtmittel fehlen.

Der Krieg um Kuwait und die Einsätze gegen Serbien machten bleibende Diffe-

renzen zwischen Europäern und Amerikanern deutlich. In beiden Fällen beweisen die Europäer große Geduld bei Ausschöpfung aller diplomatischen Mittel. In der Zwischenzeit mussten viele Menschen ihr Leben lassen. Die USA jedoch sahen angesichts der Politik beider Diktatoren die Mittel der Diplomatie und Sanktionen als bereits ausgeschöpft an.

Der Einsatz im Irak 1991 und mehr noch der im Kosovo offenbarten zudem die Diskrepanz in den Potenzialen drastisch. Europäer und Amerikaner, die NATO-Partner, sind in der Militärtechnologie Lichtjahre voneinander entfernt. Die Europäer haben die falschen Waffensysteme, zu unmoderne zudem, Ausrüstung wie Soldaten sind überwiegend noch immer ausgerichtet auf die historisch überholte Aufgabe einer Verteidigung gegen einen Angriff des Warschauer Pakts. Nur die USA verfügen über Waffensysteme, die *power projection* über weite Distanzen ermöglichen, mit präziser Wirkung und vergleichsweise geringen zivilen Schäden. Sie modernisieren diese Systeme in beachtlichem Tempo weiter. Die Unfähigkeit wie Unentschlossenheit der Europäer im Kosovo-Krieg ließen die USA von der NATO als *dial and error* sprechen. Selbst weitgehend impotent, erbittet Europa amerikanische Einsätze, kritisiert dann aber amerikanische Entscheidungen. Die Rückständigkeit hat zwangsläufig geringeren politischen Einfluss zur Folge, da die Europäer weder als vollwertige Partner kooperieren noch politische Strategien mit glaubwürdiger militärischer Drohung untermauern können. In Anbetracht der

neuen, durch den 11. September deutlich gewordenen Herausforderungen entfällt Europa aus amerikanischer Sicht als politischer Partner von Gewicht.

Wenn ich von Europäern spreche, muss differenziert werden: Die Briten, ungeschlagen im Zweiten Weltkrieg, mit einer langen Tradition militärischer Eingriffe außerhalb Europas teilen amerikanische sicherheitspolitische Analysen öfter als die Kontinentaleuropäer.

Amerikaner, Briten und Franzosen sind geprägt von der *Appeasementpolitik* des Münchner Abkommens. Ihr Wille, die Zukunft ihrer Nation durch aktive Weltpolitik mit zu gestalten, unterscheidet sie besonders von den Deutschen. Diese haben nach ihrer Geschichte im 20. Jahrhundert ein besonders gebrochenes Verhältnis zum Einsatz von Machtmitteln. Frankreich setzt gekonnt seine diplomatischen Mittel ein. Es geht Paris in erster Linie um die Markierung einer eigenen politischen Linie. Militärische Einsätze, die es stets aktiv mitgetragen hat, dienen der Sicherung einer späteren politischen Mitsprache.

Somit bietet sich aus amerikanischer Sicht nur noch eine Arbeitsteilung an, in der die europäischen NATO-Partner für Washington Aufgaben der Logistik, der Sicherung und des *nation-building* übernehmen. In der Arbeitsteilung zwischen Sheriff und Saloonkeeper liegt Treibstoff für die Kontinentaldrift.

Ein zweiter Essay von Beate Neuss zu den transatlantischen Beziehungen seit dem 11. September erscheint in der nächsten Ausgabe der Politischen Meinung.

Notwendige Kritik

„Hört man auf das ‚Friedenslager‘, ist es immer zu früh oder zu spät, um gegen eine kriminelle Aufrüstung vorzugehen. Der Irak besitzt noch keine Atombomben, also ist es nicht nötig, etwas zu unternehmen. Nordkorea verfügt bereits über Nuklearwaffen, also ist ein Eingreifen zu gefährlich.“

André Glucksmann am 25. Februar 2003 in *Die Welt*